

## Rede Jakob Kaiser auf der Parteitagung der Christlich-

Demokratischen Union Deutschlands in Berlin am 16. Juni 1946.

Meine Parteifreunde, die Frage um das deutsche Dasein ist neu gestellt. Sinn unserer Tagung ist es, Wege und Mittel zu finden, die diese Frage lösen helfen. Das Suchen nach diesen Wegen und Mitteln begann nicht erst im Augenblick des Zusammenbruchs. Es hat viele - die meisten von uns - durch die Jahre der Hitlerherrschaft mit einer Leidenschaft begleitet, die der lange Kampf nicht minderte sondern eher wachsen liess. Der Hingabe an diesen Kampf hat viele Opfer gefordert. Wir können nicht von der Sorge um Deutschland sprechen, ohne dieser Opfer zu gedenken. Wir denken in Schmerz und Trauer aller derer, deren Leben der Hitlerterror vernichtet hat. Der Opfer ihrer Überzeugung, ihres Glaubens, ihrer Rasse, woher immer sie kamen und welcher politischen Richtung sie auch immer angehörten.

Mit tiefstem Schmerz gedenken wir unserer Freunde, der Männer vom 20. Juli, denen ein hartes Geschick den Erfolg eines tapferen Rettungsversuches für unser Volk versagte. Ich gedenke in diesem Augenblick, in dem Männer und Frauen aus allen Landschaften Deutschlands zu gemeinsamem Ringen um die Lösung deutscher Schicksalsfragen zusammengetreten sind, mit besonderer Bewegung aller der Freunde, die - wenn sie lebten - ihre politische Heimat in der Union gefunden hätten. Ich nenne Karl Friedrich Goerdeler, Max Habermann, Josef Wirmer, Eugen Bolz, Otto Müller, Le Jeune-Jung, die Brüder Bonhoeffer, Helmut v. Moltke, Reinhold Frank. Ich nenne meine Freunde aus der christlichen Arbeiterschaft, Bernhard Letterhaus, Nikolaus Gross, Franz Leuninger, meinen unvergesslichen Mitarbeiter durch zwei Jahrzehnte Heinrich Körner. Es wären noch viele andere zu nennen. Ihre Schatten lassen sich überall unter uns nieder, wo wir um unser Volk ringen. Diese Männer, die aus dem Bewusstsein christlicher Verantwortung unerschütterlich den Kampf gegen die Tyrannei des Verbrechens geführt, waren nicht nur Demokraten, sie waren zum grossen Teil radikale Demokraten, sie waren sozial fortschrittliche Männer.

Ich gedenke aber auch und vor allem der Schatten der Millionen Toten des Krieges, der Toten unseres Volkes und der Toten der anderen Völker. Wenn auch Frevler Urheber dieses Krieges waren, die Opfer der Toten können nicht sinnlos sein. Wir selbst, Deutschland und Europa, haben es in der Hand, dem millionenfachen Tod einen Sinn zu geben: den Sinn eines geläuterten Deutschlands und einer für immer befriedeten Welt.

Dann sind die Millionen nicht umsonst gestorben und die Zurückgebliebenen dürfen ohne Bitterkeit sein.

Für uns nun gilt zunächst die Meisterung des eigenen, des deutschen Schicksals.

Unsere Partei hat sich aus einem grossen Rettungswillen für Deutschland geformt. Die Idee der Sammlung, wie die Union sie darstellt, geht von dem Bewusstsein aus, dass Widerstreit der Konfessionen in einem neugeformten politischen Leben Deutschlands nie mehr Raum finden darf.

Eines will ich heute gestehen: Wir wussten wohl, als wir zur Gründung der Union zusammentraten, um die aufrichtende Kraft des christlichen Gesetzes für ein durch Irrtum, Schuld und Verbrechertum niedergeworfenes Volk. Wir wussten um das Verlangen nach rettendem Halt im wilden Durcheinander eines trostlosen Schicksals. Aber wir wussten nicht um die grosse Aufgeschlossenheit des Volkes, nicht um die Bereitschaft der Völker für das ewig gültige Gesetz eines christlichen Gestaltungswillens für das öffentliche Leben. Erst der elementare Willensausdruck zur Bildung der Union in allen Reichsgebieten, erst die ebenso elementare Zustimmung eines so grossen Volksteiles zum politischen Gesetz der Union, hat uns die Bestätigung der Richtigkeit der eigenen Willensrichtung gegeben. Einer Willensrichtung, die zunächst auf die grosse Sammlung aller christlichen Kräfte geht, um mit ihnen und durch sie Volk und Vaterland wieder aufzurichten.

Meine Parteifreunde, es ist in den letzten Wochen und Monaten viel um den christlichen Gedanken in der Politik gesprochen und geschrieben worden. Nicht immer taktvoll. Nicht immer verständnisvoll. Nicht einmal immer klug. Und das Letztere scheint uns der grösste Fehler in der Politik zu sein. Die Union hat das Unglück, es schon deshalb manchen Parteien neben ihr nicht ganz recht machen zu können, weil ein so grosser Teil des deutschen Volkes ihrer umfassenden Sammlungsidee so unverkennbare Zustimmung gezollt hat. Das veranlasst die Liberal-Demokraten z.B., die mit der Ausgrabung eines überlebten Liberalismus in Weltanschauung und Wirtschaft etwas wenig Zustimmung beim Volk gefunden haben, immer wieder das ausgeleierte Lied von der notwendigen Trennung von Religion und Politik zu singen. Sie meinen die Religion würde Schaden erleiden, wenn zur Verwirklichung ihrer Gesetze im politischen Leben aufgerufen würde. Dabei haben die religiösen Bekenntnisse und die Politik nie so gelitten, wie in einer Zeit, in der das christliche Gesetz nicht nur nicht genannt, sondern weit hin auch nicht angewandt werden durfte. Aber es ist wohl kaum nötig, sich mit dem Liberalismus noch auseinanderzusetzen. Er ist nur noch eine Erinnerung an verflossene Zeiten. Und Erinnerungen lösen keine Massenbewegungen aus. In den Trümmern Deutschlands und in der Armut Europas kann der Liberalismus keine Heimat mehr finden.

Bedauerenswert erscheint uns die Kampfesart von Kurt Schumacher. Schumachers wiederholte Ausfälle gegen die Union sind zu politischen Entgleisungen geworden. Dabei macht es die Union schliesslich nicht schwächer, wenn er verächtlich von Einmischungen der Geistlichen in die Politik oder vom Verbergen des Besitzbürger-

tums hinter der schützenden Mauer des Christlichen redet. Das christliche Volk hat einen gesunden Sinn gegen demagogische Spekulationen. Wir wissen von den Auseinandersetzungen, in denen die Sozialdemokratie steht. Wir können um unseres Volkes willen nur wünschen, dass diese grosse Partei sich zu einer klaren eindeutigen Grundlinie ihres politischen Wollens durchringt. Aber diese Klarheit bringen nicht Ablenkungsmanöver von der eigenen Situation, sondern nur die mutige Auseinandersetzung über die politische Ideenwelt, die nach Klarheit verlangt. Es gehört politischer Wagemut dazu, Überlebtes über Bord zu werfen. Aber die Not unseres Volkes verlangt diesen Wagemut. Ich darf das aussprechen, denn wir in der Union haben in mannigfacher Beziehung den Wagemut des Bekenntnisses zu neuen Wegen bewiesen. Und ein grosser Teil des Volkes hat die Zustimmung zu diesem Bekenntnis gegeben.

Was uns aber angeht, so haben die Anfechtung der andern ~~den~~ Impuls nicht geschwächt, der uns beim politischen Zusammenschluss der Konfessionen und aller andern die Auswirkung des christlichen Gesetzes im öffentlichen Leben bejahenden Kräfte bewegt hat.

Wir sind uns bewusst, dass wir um eines gesunden und geordneten deutschen politischen Lebens willen niemals mehr zurück dürfen zur Aufteilung deutscher Parteien nach Konfessionen. Aufgabe der Konfessionen, der Kirchen ist es, Persönlichkeiten zu formen, die in selbstverständlicher Grundsatztreue das innere sittliche Gesetz ihres Glaubens im öffentlichen Leben zur Anwendung bringen. Je mehr das gelingt, umso stärker findet das politische Anliegen der Union Verwirklichung. Die Union selbst ist kein Organ dieser oder jener Konfession. Sie ist eine politische Partei. Dies nicht zuletzt denen zur Belehrung, die in geradezu kindlicher Sorge sogar das Gespenst eines vatikanischen Einflusses hinter der Union stehen sehen.

Ich habe dabei schon einmal an anderer Stelle gesagt, dass ich kein dringenderes Anliegen kenne, als dass wir uns vor der Banalisierung der religiösen Welt durch allzu häufige Anwendung christlicher Begründung hüten. Gewiss, dem einfachen Manne, der gläubigen Frau leuchtet der Hinweis auf das christliche Gesetz am leichtesten ein. Und doch sollen auch der Mann und die Frau des Volkes, die das Gros unserer Partei ausmachen, lernen, aus der sicheren Urteilskraft über die jede geschlossene christliche Persönlichkeit verfügt, politisch zu urteilen.

Das wird uns nicht hindern, im politischen Alltag die Gesetze der Christlichkeit zu vertreten, d.h. betont zu vertreten, wo Intoleranz oder Christentumsfeindlichkeit uns dazu zwingen. Wir werden ja nie vergessen, dass ein unduldsames System, wie es das nationalsozialistische war, versuchte, jede Spur des christlichen Gesetzes aus dem öffentlichen Leben zu tilgen. Warum? Weil es in ihm die stärkste Kraft gegen seine verbrecherische Diktatur wirksam sah. Der Nationalsozialismus hatte recht: Das christliche Gesetz ist das stärkste Gegengewicht gegen alle Verirrungen und Übersteigerungen politischer Extremes. Das fühlt das deutsche Volk und das

fühlen die Völker rundum. Daher der starke Zug zu christlichen Parteien in ganz Europa.

Dieser starke Zug zu christlichen Parteien schafft allerdings auch die beispiellose Verantwortung dieser Parteien für die Neugestaltung der Volksordnung wie der Völkerordnung. Er schafft für uns die grösste Verantwortung, die eine ernstzunehmende Partei in dieser Zeit des totalen Umbruchs aller Lebensbedingungen und Lebensformen im deutschen Volk überhaupt zu tragen hat.

Ich weiss, dass mancher zunächst erschrocken gewesen ist, als ich vom Podium unserer Partei aus die Erkenntnis aussprach, dass die überkommene bürgerliche Gesellschaftsordnung einem versunkenen Zeitalter angehört. Dass sie abgelöst wird, durch das Zeitalter des werktätigen Volkes, durch das Zeitalter sozialistischer Lebensgestaltung. Mancher hat den Kopf geschüttelt. Mancher Angehörige eines alten, gutsituierten Bürgertums hat sich in stille Reserve zurückgezogen. Man will erst einmal warten, bis der Staub der Trümmer sich verzogen hat. Vielleicht, dass aus den Ruinen Deutschlands doch noch wieder eine bestimmte Wohlgesicherheit herauszuholen ist. Mancher hat mir allerdings auch in mutig klarer Einsicht in die Situation unseres Volkes - wenn auch in schmerzlicher Rückschau auf das, was er hinter sich versinken sah - die Hand gedrückt.

Dabei stand ich mit meinem Bekenntnis zum Sozialismus in der Union nicht allein. Dasselbe Bekenntnis sprang zu gleicher Zeit - ich möchte fast sagen, in gleichen Stunden - auch in andern Teilen des Reiches auf.

Es gibt gewiss Kreise, denen das Zufallsschicksal noch Besitz gelassen hat. Die grosse Mehrheit des Volkes aber ist durch Krieg und Zusammenbruch mehr oder weniger enteignet. Den heute noch Privilegierten kann ich nur raten, die Augen vor der grossen Enteignung unseres Volkes nicht zu verschliessen. Es wäre töricht und gefährlich zugleich, auf das Zufallsgeschick des von Krieg und Zusammenbruch geschonten Besitzes zu pochen und das grosse Unglück zu übersehen, dem die weitaus grösste Mehrheit unseres Volkes preisgegeben ist. Es gibt keine Möglichkeit, die Augen vor der Wahrheit zu verschliessen.

Die in der West- und Südzone heute noch unangetastete Geldmenge kann nicht über unsere Elendssituation hinwegtäuschen. Die Lebensmittellieferungen der Besatzungsmächte können nicht die Tatsache verhüllen, dass unser Volk ohne diese Lieferungen dem krasssten Hunger ausgeliefert wäre. Wobei an dieser Stelle um der Wahrheit willen betont werden mag, dass nicht die Besatzungsmächte den Hunger sondern die Lebensmittel brachten. Den Hunger brachten uns die Verbrechen Hitlers. Dem eigenen Volk und den fremden Völkern. Diese Feststellung ist nicht Liebedienerei vor den Siegermächten. Sie liegt mir nicht. Es ist eine Feststellung der Gerechtigkeit - wenn auch einer harten und demütigenden für unser Volk.

Neben der weitestgehenden Enteignung des Volkes steht die beispiellose Schwächung seiner Arbeitskraft. Wir sind heute fast ein Volk von Frauen, Kindern und alten Leuten geworden. Drei bis vier Millionen unserer Männer liegen auf den Schlachtfeldern Europas. Weitere Millionen tragen arbeitsbehinderte Verletzungen. Von Millionen Kriegsgefangener wissen wir nicht, ob und wann sie zurückkommen. Wir würden Selbstbetrug begehen, wenn wir glauben würden, dass dieser Kräfteausfall durch die Millionen Flüchtlinge ausgeglichen werden könnte, die auf dem eng begrenzten Raum unseres Rumpfvaterlandes eine neue Heimat suchen.

Ein Fünftel des deutschen Volkes sind Flüchtlinge. Auch unter ihnen sind Greise, Frauen und Kinder vorherrschend. Ein unendlicher Zug des Elends, der Heimat- und Besitzlosigkeit, eine grauenhafte Hinterlassenschaft des zusammengebrochenen Systems. Umsiedler heissen sie, aber nur ganz wenige von ihnen haben schon wieder eine einigermaßen gesicherte Existenz gefunden. Verbitterung und Verzweiflung geht mit ihnen, wohin sie kommen. Zu ihnen stossen - verloren und verlassen - heimkehrende Soldaten, die ihre Familien suchen.

Ein Fünftel aller Deutschen sind keine kleine Gruppe, kein kleiner Kreis, sondern eine grosse Schicht deutscher Menschen, die zu einem neuen Proletariat im bittersten Sinne des Wortes zu werden droht.

Hinzu kommt die Einengung unseres Nahrungs- und Siedlungsraumes. Noch kennen wir die endgültigen Grenzen unseres Landes nicht. Jedenfalls aber ist heute ein Viertel des deutschen Raumes von uns getrennt. Der unter polnischer Verwaltung stehende Raum war mit die wichtigste Nahrungskammer für unser Volk. Und der übrige Boden ist durch den Raubbau der Hitlerzeit ausgesogen.

Das Potential unserer sachlichen Produktionsmittel ist geschwächt. Fabrikräume und Maschinen hat der Krieg zerstört und noch ist kein Halt gegeben für ihre weitere Minderung. Rohstoffvorräte sind verbraucht, das Verkehrsnetz weitestgehend zerstört.

Hätte nicht eine hundertjährige Arbeiterbewegung schon fortgesetzt am Strukturwandel der gesellschaftlichen Ordnung gewirkt, hätte nicht der erste Weltkrieg und wirtschaftliche und soziale Auseinandersetzungen, die dem ersten Krieg folgten, ihr Werk der Nivellierung des Volkes getan, so hätte Hitler, sein Krieg und sein Zusammenbruch allein schon genügt, um den Strukturwandel zu einem radikalen zu machen. Wollen wir nicht ein Volk werden, dessen Gesicht von Almosenempfängern, Bettlern und Proletariern geprägt wird, dann müssen wir uns bewusst zu einem Gliederungswillen des Volkskörpers bekennen, der die Massen der Enteigneten, der grenzenlos Verarmten zumindestens auf das Niveau des werktätigen Volkes hebt. Die gesamte Eigentumsordnung ist durch Hitler und seinen Krieg ins Wanken gekommen. Es gilt eine überkritische Lage zu meistern. Das bedeutet, dass auch der Rest der Menschen besitzbürgerlicher Lebensorientierung seinen Anspruch auf Besitz, auf Lebenssicherung, auf ein bestimmtes Mass von Sorglosigkeit auf ein Minimum herabschrauben muss. D.h. vor aller Sorge um den Einzelbesitz, vor jeder bevor-

zugten Sicherung des Einzelnen oder eines begrenzten Kreises von Privilegierten steht die Sorge um ein Mindestmass an menschenwürdigen Lebensmöglichkeiten für die Gesamtheit des Volkes. Steht die Sorge für den Lebensstandard des gesamten Volkes, wie er nach den Gegebenheiten unserer Situation noch im Bereich des Möglichen liegt. Um dieser Sorge gerecht zu werden, bedarf es eines Neubaus unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung von Grund auf. Und zwar eines Neubaus, dessen Wesensmerkmal das Soziale ist.

Wer das bejaht, - und kein Christ und wahrer Demokrat kann anders, als es bejahen -, tut den Schritt zum Sozialismus.

Sozialismus bedeutet nichts anderes, als dass im Willen zum Neubau der Volksordnung die sozialen Erfordernisse die erste Stelle einnehmen. Nur so ist der Neubau möglich. Vor der würgenden Not unseres Volkes erscheint jeder Rückgriff auf das Gestern überlebt. Erkennen wir, was nötig ist: Der Sozialismus hat das Wort.

Wer solche Einsicht, solche Erkenntnis als ein "Spiel mit dem Sozialismus" bezeichnet, wie Liberaldemokraten es zu tun beliebten, dem kann man nur sagen: "Wenn Ihr's nicht fühlt, Ihr werdet's nicht erjagen". Aber schliesslich, wenn man die Kraft seiner Sehnsucht darauf konzentriert, einmal wieder ganz laut "Deutschland, Deutschland über alles" singen zu können, kann man leicht den schwachen Pulsschlag eines totkranken Volkes überhören. Dann sieht man bei andern auch als Spiel an, was das Ergebnis ernsten Ringens um den besten Weg zur Gesundheit ist. Möglich, dass man damit sogar ein paar ängstliche Bürger von gestern gewinnt. Der Ernste, Fortschrittliche, der um sein Volk Besorgte aber geht mit den wahrhaft Ringenden.

Diesen mit uns um unser Volk Besorgten mag gleich gesagt werden, dass uns der Sozialismus niemals ein System des grundsätzlichen Hasses gegen Besitz und höheres Lebensniveau sein oder werden kann. Wir wollen nicht vermessen, nicht herabziehen, wir wollen aufrichten. Ein Besitz allerdings muss jedem in unserem Volke wiedergegeben werden: das ist der Besitz der Menschenwürde. Millionen haben ihn heute nicht, weil ihnen das Notdürftigste zum menschenwürdigen Dasein fehlt.

Deshalb sind wir auch gewiss, dass wir bei allen sozial Gerechten und sozial Klugen Zustimmung zu unserer radikal sozialen Haltung finden.

Denen aber, die meinen, wir hätten kein Recht, unsere entschiedene soziale Haltung eine sozialistische zu nennen, mag gesagt sein: Der Sozialismus ist kein Monopol irgendeiner Partei. Der Marxismus ist nur eine der geschichtlichen Formen des Sozialismus. Er entstand aus dem Geiste eines Marx, der sich vom Standpunkt seiner Weltanschauung und seiner wissenschaftlichen Erkenntnis aus mit der hoffnungslosen Lage der damaligen Arbeiterschaft auseinandersetzte. Der Marxismus ist allerdings zu einer Form geworden, die dogmatischen Anspruch erhebt. Das ist den Marxisten natürlich

unbenommen. In einem demokratischen Staate hat eine politische Richtung schliesslich auch das Recht, ihre Anschauung zum Dogma zu erklären. Nur hat sie kein Recht, den Versuch zu machen, Andersdenkende zur Anerkennung ihres Dogmas zu zwingen, d.h. sie zwangsmässig zu Gläubigen zu machen. Das wäre der Weg zur Diktatur.

Wir in der Union werden uns doppelt angelegen sein lassen, so undogmatisch wie möglich zu sein. Denn die christliche Idee in ihrer Anwendung auf das politische Leben ist von kluger und weiser Großzügigkeit. Diese Großzügigkeit gibt gesunden Spannungen und fruchtbaren Eigenheiten durchaus Raum. Nur gegen die Reaktion in politischen und Sozialen und gegen Untraus gegenüber dem Lebensgesetz unseres Volkes wollen wir unerbittlich sein.

Unser Sozialismus ist wesensverschieden vom Marxismus. Das christliche Sozialgesetz kann uns sozialistische Wege führen, da es an eine bestimmte Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht gebunden ist. Aber im christlichen Sozialgesetz und im Marxismus begegnen sich zwei Weltanschauungen, die einander ausschliessen. Wir lehnen die materialistische Weltanschauung, die dem Marxismus zugrunde liegt, ab. Wir lehnen es ab, den Menschen in Grunde als das Ergebnis der wirtschaftlichen Umwelt zu sehen. Freiheit und Eigengesetzlichkeit der menschlichen Persönlichkeit sind uns unantastbare Lebensgesetze. Wir lehnen die Wirtschaft als beherrschende Macht im Leben ab. Und wir vermassen die Diktatur einer Klasse und den revolutionären Weg des Klassenkampfes, der zu diesen Zielen führen soll.

Wenn wir uns zum Sozialismus, zum beherrschenden Faktor des Sozialen bekennen, so in dem Sinne, dass wir aus unserem Volk eine organische Gemeinschaft von freien, unabhängigen Persönlichkeiten wachen wollen. Persönlichkeiten, die frei von Not, Armut und Elend in der Harmonie einer glücklich und sinnvoll gegliederten Gemeinschaft zu leben in der Lage sind. Nur auf dieser Grundlage scheint uns auch die Verwirklichung einer wahren Demokratie möglich.

Die Wesensverschiedenheit der Weltanschauungen hindert uns nicht, mit den Männern des Marxismus in gemeinsamer Front zur Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes zu arbeiten. Wir üben diese Zusammenarbeit in aller Loyalität. Wir haben das bisher getan und werden es auch weiter tun. Dass es dabei immer in restloser Harmonie zugeht, wird keiner annehmen, der vom politischen Leben eine Ahnung hat. Das Wesentliche ist aber, dass uns die aufrichtige Sorge für unser Volk und der Wille, ihm zu helfen verbindet. Dabei darf man man uns natürlich keine Dinge zumuten, die sich mit unserem christlichsozialistischen und unserem politischen Gewissen nicht vereinbaren lassen. Wir beharren vor allem darauf, dass alle Handlungen und Massnahmen im öffentlichen Leben unter das unbeugsame Gesetz des Rechtes und der Gerechtigkeit gestellt werden. Wir beharren darauf um unseres Gewissens und um Deutschlands willen.

Meine Freunde, ich begnüge mich mit der Andeutung dessen, was unser sozialistisches Bekenntnis und Anliegen bedeutet. Die Sprecher der Tagung werden ein Mehr darüber zu sagen haben.

Die Frage, die uns gestellt ist, heisst Deutschland. Sie ist nur zu lösen durch höchstmöglichen Zusammenhalt des deutschen Volkes. Und hier habe ich eine grosse, die grösste Sorge. Meine Freunde aus dem Süden und Westen werden meine Sorge gut und bereit anhören. Wir sind ja alle Männer des gleichen, durch Schuld eines Verbrechers und durch schweres Irren geschlagenen Volkes. Wir sind geeint in der Union eines gleichen Willens für dieses Volk. Viele von Ihnen haben mit mir in der Zeit der Tyrannei des Bösen gegen das Verhängnis gekämpft. Ihr, meine Freunde aus der Arbeiterschaft des Westens und Südens: Karl Arnold, Hans Albers, Bernhard Deutz, Michel Rott, Peter Busen, Heinrich Strunk und Sie, Josef Müller, Freund Lukaschek, pater Siemer und Ihr anderen. Wir konnten die Katastrophe nicht aufhalten. Nun kommt es darauf an, das Reich soweit zu retten und zusammenzuhalten, es sinnvoll auszugestalten, wie es nur immer in unseren schwachen Möglichkeiten liegt. Unsere äusseren Möglichkeiten sind nicht gross, denn wir sind nichts als die einfachen Vertrauensmänner eines geschlagenen Volkes. Aber wenn auch nur ein Funke von der Kraft in uns schlägt, die uns im Widerstand der 12 Hitlerjahre beseelte, dann werden wir so viel von Deutschland retten, dass sich das Leben der heutigen Generation noch lohnt. Um des neuen, fortschrittlichen Deutschlands willen, für das wir nur den Anfang schaffen können.

Die Veranlassung zur Diskussion der innerstaatlichen Gestaltung Deutschlands, die in oft peiniger Weise zwischen den beiden Polen Separatismus und Zentralismus in allen Schattierungen und Nuancierungen hin- und herwagt, liegt nicht bei uns Deutschen allein. Ich hätte deshalb auch dieses und jenes ernste Anliegen bezüglich der Einflussnahme der Besatzungsmächte auf die innerstaatliche Gestaltung Deutschlands, die mir nicht immer sinnvoll für eine gute Zukunft erscheinen will. Ich möchte mir das Aussprechen dieser Anliegen am liebsten versagen, weil ich billigen Beifall vermeiden will, der in Zeiten angespannten Gefühls eines Volkes leicht zu ernten ist. Ich will auch nicht den Schein von Demagogie erwecken, um der schmachvollen demagogischen Vergangenheit der zwölf Jahre willen. Aber ganz kann ich die Sorge nicht übergehen, die uns bedrückt.

Es ist uns klar, dass man beim staatlichen Neubau Deutschlands die europäischen Notwendigkeiten berücksichtigen muss. Die innere Ausgestaltung Deutschlands wird so sein müssen, dass sie Besorgnisse beseitigt, die nun einmal gegen Deutschland bestehen. Besorgnisse, die Hitlers Wahnsinn natürlich ungeheuer vertieft hat.

Aber die Entwicklung kann und darf nicht dahin führen, dass in Deutschland und damit mitten in Europa ein Zustand der Auflockerung entsteht, bei dem schliesslich jeder gegen jeden arbeiten könnte.

Presse und Rundfunk haben gerade in den letzten Tagen Pläne einer Neugestaltung Deutschlands veröffentlicht, die nicht ungefährlich erscheinen. Es ist von einem deutschen Staatenbund die Rede, der im wesentlichen nur durch eine Zollunion zusammengehalten werden soll.

Wir sind erschüttert über diese Nachrichten. Sollte man wirklich die Geschichte soweit rückwärts drehen wollen?

Will man nochmals einen Zustand herbeiführen, in dem man deutsche Länder gegeneinander ausspielt? Oder will man gar jeweils eine Gruppe deutscher Länder in den Dienst bestimmter Interessen stellen?

Eine solche Entwicklung müsste in Deutschland zu ständigen Unruhen und zu ständiger Bewegung gegeneinander führen. Der deutsche Geist würde wieder verengen und niemals würde er auf solche Weise europäisch denken lernen.

Die künftige innerstaatliche Ordnung in Deutschland kann doch wohl kaum geschaffen werden, ohne dass man die Auffassung des gesamten deutschen Volkes hört. Oder sollte es so sein, dass man zu viel auf separatistische und partikularistische Kräfte in Deutschland hört? Das wäre kein guter Weg für die Gesundung Deutschlands und Europas. Dass Kräfte der Zersplitterung da sind, ist bei dem beispiellosen Zusammenbruch schliesslich zu verstehen. Gewinnen sie aber auf die Gestaltung unseres Volksschicksals Einfluss, so bedeutet das gewiss eine Schwächung Deutschlands, niemals aber eine Quelle der Beruhigung. Man lasse die echten Demokraten wirken, die Kräfte, die beweisen haben, dass sie gegen Tyrannei und sinnlosen Zentralismus und Mechanismus zu kämpfen wissen, wie sie heute gegen einen Zerfall des Reiches kämpfen müssen und werden. Sie sind auch auf die Dauer gesehen die besten Europäer.

Ich muss um der inneren Wahrhaftigkeit willen bekennen: Ich bin kein Mann des Föderalismus, und zwar bin ich es nicht, weil der Hand unseres Volkes leicht zu Eigenbrötelei geht, die nichts mehr mit gesunder Eigenständigkeit zu tun hat. Ich bin der Meinung, dass auch in einem gut gegliederten deutschen Nationalstaat ausreichende Garantien für eigenständige Entwicklung der Landschaften gegeben sein können. Ich weiss aber auch, dass das Leben eines zusammengebrochenen Volkes von Gesetzen bestimmt wird, die nach Lage der Verhältnisse einen bestimmten Weg als vorgeschrieben erkennen lassen. In Erkenntnis dieser Verhältnisse müssen wir uns wohl alle auf dem Standpunkt einigen, dass die künftige innerstaatliche Gestaltung Deutschlands eine föderalistische Form finden wird. Bekennen wir uns also zum Gesetz föderalistischer Gliederung. Das Reich, sinnvoll in Länder gegliedert, mag der Ausdruck der künftigen deutschen innerstaatlichen Gestaltung sein. Aber lassen Sie uns einig darin sein, dass wir nicht zu Staatenbildungen im Staate kommen dürfen. Gott verhüte, daß Deutschland noch einmal auf einen Staatenbund zurückgeworfen wird! Eine einzige Staatenangehörigkeit, die deutsche, sei das Zeichen der Einheit aller Deutschen, die im Leid der Hitlerjahre -weiss Gott- geschmiedet sein dürfte.

Ein Zweikammersystem, ein Reichstag und ein Ländertag, eine gesunde Teilung der Gewalten und Zuständigkeiten könnten Gewähr genug dafür bieten, dass die Synthese zwischen Eigenständigkeit der Länder und staatlicher Einheit des deutschen Volkes geschaffen würde, so dass von Zentralismus keine Rede mehr sein kann.

Dabei sind wir uns alle bewusst, dass Einheit nicht nur eine Frage der Organisation sein kann und Eigenständigkeit der Länder kein Hindernis für die Einheit der Nation zu sein braucht. Auf den inneren Gehalt unseres nationalen Bewusstseins kommt es an. Und für die Eingliederung unseres Volkes in den Kreis der übrigen Völker kommt es darauf an, dass das nationale Bewusstsein zur inneren Verpflichtung gegen das eigene Volk, gegen die anderen Völker, zur Verpflichtung auf Recht, Anstand, Vertragstreue nach innen und aussen wird.

Noch aber ist die Zeit für die innere Ausgestaltung des Reiches nicht da. Erst müssen die Zonengrenzen fallen und die Möglichkeit der Verständigung ohne Behinderung gegen sein. Das sollte aber nicht hindern, dass sich innerhalb unserer Partei schon die Männer aus Ost und West, aus Süd und Nord zusammenfinden, die zur Arbeit an der Ausgestaltung Deutschlands berufen sind. Vielleicht könnte so der Zerfahrenheit und Gereiztheit der öffentlichen Diskussion vorbeugt werden. Vor allem aber könnten vorzeitige und einseitige Festlegungen verhindert werden.

Meine Freunde, ich sage es aus der tiefsten Sorge um Deutschland und um die Männer, die heute als Vertrauensmänner des Volkes zu sprechen und zu handeln berufen sind: Die deutsche Jugend wird uns einst verurteilen, wenn wir uns zu schwach, zu klein im deutschen Unglück erweisen, zu unfähig aus dem deutschen Leid die Einheit zu retten und zu erhalten.

Und noch eine Bitte an unsere Freunde im Süden und im Westen: Seht die Zonengrenzen, die den Osten noch von Euch scheiden, nicht als wirkliche Grenzen an, die durch deutsches Land und deutsche Gesinnung gehen. Ihr wisst, dass auch hier deutsche Herzen schlagen. Wir müssten den Glauben an uns selbst, an die Möglichkeit der Erfüllung unserer Aufgabe verlieren, wenn wir Eurer vertrauensvollen Verbundenheit mit uns nicht gewiss sein könnten.

Für einen Frevel aber sehe ich es an, wenn da und dort von der Möglichkeit eines Krieges zwischen Ost und West geredet wird. Meine Freunde, dieser Krieg würde Deutschland - das ganze Deutschland - zermalmen. Deshalb lasst uns dem Frieden dienen, dem Frieden und dem friedlichen Ausgleich zwischen Ost und West, an den wir glauben müssen, um ihm dienen zu können und dem wir dienen müssen, um Deutschland zu retten. Ich stehe zu meiner Erkenntnis der Aufgabe von Berlin, von Deutschland. Wir haben Brücke zu sein zwischen Ost und West um Deutschlands, um Europas willen.

Wenn wir so unsere Aufgabe sehen und so auf die Ausgestaltung Deutschlands hinstreben, dann werden durch die Kraft unseres Glaubens und unseres Willens die auseinanderstrebenden Kräfte in unserem Volk besiegt, die Leid und Not eines Volkes immer an die Oberfläche treiben. Auch die separatistischen Kräfte wie sie an der Saar, am Rhein glauben wirksam sein zu dürfen. Es sind keine guten Kräfte. Die Gesichtspunkte ihres Handelns sind von üblem Egoismus diktiert. Die Männer der Politik in den anderen Ländern täten gut, nicht auf sie zu hören.

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zu dem Verlangen nach den Vereinigten Staaten von Europa, das in den letzten Wochen in Reden deutscher Politiker aufgetaucht ist. Um es gleich zu sagen: Auch ich bekenne mich zur europäischen Schicksalgemeinschaft, deren Notwendigkeit das Erdbeben des letzten Jahrzehntes mit beispielloser Deutlichkeit bewiesen hat. Ich bekenne mich nicht nur zu ihr, weil wir sie als Brotgemeinschaft der europäischen Menschen in Zukunft kaum entbehren können, ich bekenne mich zu ihr, um der geistigen Werte, um der Kultur des Abendlandes willen, denen die Vereinigten Staaten von Europa zu dienen, die sie zu erhalten, zu pflegen und weiterzugeben haben. Und doch empfinde ich immer ein inneres Widerstreben, wenn ich heute von deutschen Politikern den Ruf nach den Vereinigten Staaten von Europa höre.

Was ist unser heutiges Deutschland? Kein Reich, kein Staat, keine Gemeinschaft, kein Volk. Eine gestaltlose Masse von Heimatlosen, Hungernden, Leidenden. Mir will scheinen, als sei dieser Zustand Deutschlands nicht der geeignete Augenblick, nach den Vereinigten Staaten von Europa zu rufen. Es gilt vielmehr zunächst das Schicksal zu meistern, das Deutschland heisst. Dieses Schicksal ist die gemeinsame Aufgabe aller, die sich Deutsche nennen. Mögen sie in der Süd-, West- oder Ostgrenze oder in Berlin wohnen.

Wir können nicht wünschen, dass der Wille zur europäischen Gemeinschaft von uns als Ausweg aus der deutschen Verzweiflung verkündet wird. Wir möchten ihn vielmehr erwachsen sehen aus dem Bewusstsein eines neugeschaffenen fortschrittlichen Deutschlands. Der Wille zu den Vereinigten Staaten von Europa soll nicht Flucht aus dem deutschen Schicksal, sondern Bereitschaft zu engster europäischer Gemeinschaft aus einem gesunden und geläuterten Selbstbewusstsein heraus sein.

Die Frage nach dem deutschen Dasein ist neu gestellt. Sie ruft aus Trümmern, Blut und Elend nach Lösung. Sie ruft die Welt nach Lösung.

Die Tatsache, dass in diesen Tagen in Paris die Aussenminister der vier Großmächte versammelt sind, darf ich als Veranlassung nehmen, hier noch ein Wort zu künftigen Entscheidungen zu sagen, die in der Hand der Siegermächte liegen.

Nach diesem Krieg, so beispiellos auch seine Opfer und der Zusammenbruch des deutschen Volkes waren, herrscht zwischen den Siegermächten und unserem Volk eine andere Atmosphäre, als sie sonst nach Kriegen zwischen Siegern und Besiegten üblich war. Es gibt keinen deutschen Politiker, der nicht überzeugt ist, dass die Schuld für die Entfesselung dieses letzten Krieges die verbrecherische Schuld des vergangenen Systems ist. Die Herrschaft des Nationalsozialismus ist von weiten deutschen Kreisen schmerzlicher empfunden worden als die Herrschaft eines fremden Volkes. Und nicht nur die Männer des Freiheitskampfes gegen Hitler, die aktiven und die passiven, auch Männer bis in die Umgebung des Tyrannen hinein, hat-

ten sie eine grosse Sorge, das verbrecherische System könnte den Krieg gewinnen. So erinnere ich mich der feierhaften Sorge von Schacht, die er mir 1940 beim Zurückweichen der alliierten Heere in Frankreich persönlich zum Ausdruck brachte. Ich sage das nicht, um Verantwortungen von Schacht zu verringern, sondern um den Zustand des Volkes zu zeichnen.

Irgendwo ist mir einmal der Ausspruch begegnet: "Unglücklich das Volk, das den Sieg des Feindes als Befreiung herbeisehnen muss". Im deutschen Volke war es weitestgehend so. Und den Volkskreisen, die blind waren oder vielleicht noch sind -es sind ihrer bestimmt nicht viele mehr- werden die Dokumente des Nürnberger Prozesses und andere Veröffentlichungen die Augen öffnen. Auch der Jugend, soweit sie noch in Begriffen patriotischer Plattheiten befangen sein sollte. Auch die Wahrheit über die deutsche Widerstandsbewegung wird zur Klärung der deutschen Geisteshaltung beitragen. Die Tatsache z.B., dass ein so echter, sittlich empfindender Soldat wie Generaloberst Beck und viele mit ihm nach dem erstrebten Sturze Hitlers zum sofortigen Abbruch des Krieges entschlossen war -wie immer auch die Bedingungen dafür lauten würden- beweist, wie sehr sich echtes sittliches Empfinden gegen den Hitlerkrieg wahrte.

Den Besatzungsmächten offenbarte sich ja auch schon bald die wahre seelische Verfassung des deutschen Volkes. Das bedeutet schliesslich auch eine Quelle der Hoffnung für unser Volk, dass die Erkenntnisse und Gesinnungen der Besatzungsmächte auch für Deutschland im aufbauenden Sinne wirken. Und wenn durch die Welt stärker denn je der Ruf nach gegenseitigem Vertrauen geht, so dürfen auch wir die Hoffnung aussprechen, dass das deutsche Volk in diesem Willen zur Schaffung gegenseitigen Vertrauens mit einbezogen wird.

Im Mittelpunkt der Beratungen werden auch die Grenzen unseres unglücklichen Vaterlandes stehen. Wir haben die eine Bitte: Möchten die Grenzen nicht durch die lebendigen Herzen unseres Landes gezogen werden. Schmerz schlägt in uns um die Wunden im Osten. Die Millionen Flüchtlinge aus dem unter polnischer Verwaltung stehenden Gebieten sprechen eine bittere Sprache. Ich bringe den Schmerz des gesamten Volkes zum Ausdruck und zugleich die Bitte, man möchte alles tun, um diese Bitterkeit und dieses Elend zu mindern.

Im Leben der Völker sind Gefühle schwerwiegende Realitäten. Wir selbst erkennen solche Gefühlsrealitäten im Leben der anderen Völker an, auch und vor allem die Gefühle des französischen Volkes, dessen Sicherheitsbewusstsein durch den rohen Zugriff Hitlers einen tiefen Schock erlitten hat.

Wir sind uns vollkommen klar darüber, dass der Gefahr des Missbrauches westdeutscher Natur- und Bodenschätze vorgebeugt werden muss. Deshalb muss auch das vornehmste Ziel einer deutschen Politik die Ausschaltung deutscher Boden- und Naturschätze als Rüstungsgrundlage sein. Dieses Ziel lässt sich aber ohne Zweifel durch internationale Abmachungen erreichen, da es sich ja -wie es z.B. beim Ruhrgebiet der Fall ist- um ein Gebiet handelt, das ohnedies schon mit der internationalen Wirtschaft verflochten ist.

Westdeutschland, die Gebiete um den Rhein sind Ursprungsländer deutscher Kultur und Gebiete, in denen sich deutsches Bewusstsein und die Blüte deutschen Geisteslebens entfaltet. Trennungslinien, die durch diese Gebiete gezogen würden, träfen ihre Bevölkerung, träfen Deutschland ins Herz. Sie würden deshalb jedem politischen Wirklichkeitssinn widersprechen. Sie würden sich nicht zuletzt auch hemmend auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auswirken.

Das hohe Ziel Europas und der Welt ist eine freie Demokratie. Ihr entspricht auch das freie, das wirklich freie Selbstbestimmungsrecht der Menschen. Man sollte mechanische Grenzziehungen in die Welt veralteter Doktrinen verweisen. Und man sollte die Lösung der westdeutschen Frage auf der Grundlage internationalen Vertragswesens lösen.

Das Recht zur Grundlage internationaler Beziehungen und der Beziehungen von Volk zu Volk zu machen, ist ja schliesslich das vornehmste Ziel der neuen Weltpolitik. So kommt es ja auch in der Begründung der Organisation der Vereinten Nationen zum Ausdruck.

Es geht noch um eine weitere Sorge. Recht und Gerechtigkeit sind mehr als ein Jahrzehnt in Deutschland mit Füßen getreten worden. Wir kennen kein grösseres Ziel, als Recht und Gerechtigkeit wieder zur herrschenden Macht zu machen, zur herrschenden Macht vor allem auch im Bewusstsein der jungen deutschen Generation. Denn sittliches Rechtsbewusstsein ist der Ausgangspunkt für moralische und politische Gesundheit.

Das lässt in uns eine bange Frage aufsteigen:

Wird sich in der künftigen Friedenspolitik der Völker das Recht voll und ganz durchzusetzen vermögen? Ein künftiger Friede kann hart sein. Aber nie darf der Friede das Gefühl aufkommen lassen, als wäre die Zeit noch nicht vorbei, in der Friedensverträge zweierlei Recht schaffen. Ein gerechter Friede würde nach dem Leid und der Prüfung der Welt ein Werk höchster staatspolitischer Erziehung sein. Er würde dem Heil der Welt dienen.

Ein Friede der Gerechtigkeit würde dem millionenfachen Tod der in der Welt der letzten Jahre gestorben wurde, seine Bitterkeit nehmen. Er würde -dessen bin ich gewiss- auch die junge Generation aus militaristischen Verzerrungen und Verkrampfungen -wo immer sie noch vorhanden sein sollten- herausführen. Auf der Basis eines solchen Friedens würde eine neue Welt erstehen, der wir, die Union, mit aller Leidenschaft zu dienen gewillt sind. Zu dienen gewillt sind durch Schaffung eines neuen Deutschlands, das im Kreis der Völker für immer ein zuverlässiges Element politischen und sozialen Fortschrittes ist.